

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Korrektionspreise: die neuvalt gelöschte Abonnementstelle oder deren  
Name 20 Pf., für Familienanzeige 20 Pf., für die Abonnementstelle (abholbar  
an den bestellenden Tisch eines Zeitungs-), 150 RM. Ausgaben-Kündigung nur  
mehrere Tage vor 9 Uhr an in der Expedition Dresden-S. 1, Güterbahnhofstraße 2.  
Bezugspreise: frei Haus monatlich 250 RM (zahlt im voraus), durch

die Post 250 RM (ohne Aufschlusskosten). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich,  
außer an Sonn- und Feiertagen. In diesen höheren Gewalt besteht feste  
Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder auf Abschaffung des Bezugspreises.

Verantwortlich für Redaktion: Otto Höbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme  
der Auslandssachen: Bruno Scherfels, Sport: Max und Arbeitsmarkt:  
Gerhard Gräfe, Dresden; für Wirtschaft: Karl Dehner, Berlin; für Gewerbe  
und Reportage: Otto Weber, Berlin; für Literatur: Erich Kästner, Dresden;  
für Kunst und Verlag: Dresden Verlagsanstalt m. b. H., Dresden.

8. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 5. Januar 1932

Nummer 3

## Die Streiffront breitet sich aus

Neue Streilmeldungen aus Berlin, Ruhrgebiet, Niederrhein u. Mitteldeutschland. Faschistische Streifbrechersfront vereint Reformisten, Nazis und Stahlhelm. Der Londoner Hafen stillgelegt!

### Provokatorische Hecke der kapitalistischen Presse

Die bürgerliche Presse, einschließlich der SPD-Zeitungen bemühen sich seit einigen Tagen frapphaft um zu beweisen, daß „die Streiparolen und Streifabsichten der Kommunisten vollkommen gezeichnet sind.“ In demselben Atemzug muß aber diese Presse über den Ausbruch von Streiks an allen Ecken und Enden des Reiches und über das Anwachsen der Kampftummlung der Arbeiter berichten.

Diese Tatsache, die von niemand abgelenkt werden kann, dient der Bourgeoisie zu einer ungeheuren Hecke gegen die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition und zur verstärkten Verfolgung revolutionärer Arbeiter. Dabei bedient man sich der niedrigsten Verleumdungen und übelster Provokatormethoden: „Schuß auf Polizei von unbefestigten Tütern“, „Umlegen von Chausseebäumen“, „Steine in die Fenster von Straßenbahnwagen“, „Schuh in einen Gasometer“ usw., alles das wird den Kommunisten, der KGD und ihren Anhängern in die Schuhe gehoben. In Wirklichkeit handelt es sich in allen diesen Fällen um bestellte Arbeit von Provokateuren. Die KPD und die KGD haben damit nichts zu tun.

In enger Verbindung mit der bestellten Arbeit von Provokateuren steht die Tätigkeit der Streifbrechergruppen, die gemeinsam mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, den faschistischen Organisationen und den Werksleitung organisiert werden.

Gegenüber der Front des Unternehmens, der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, den Faschisten und den Streifbrechern, bildet sich die rote Einheit der Arbeiter zum Kampf für die Verteidigung ihrer Existenzbedingungen. Je schneller sich die Arbeiter vom Einfluss der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und der SPD-Führer trennen, um so fester und stärker wird die rote Einheitsfront.

### Proteststreik der AGO Hennigsdorf

Berlin, 5. Januar. (Eig. Meldung.)

Gestern morgen kurz nach 7 Uhr stand auf dem Hof des Betriebes der AGO Hennigsdorf eine Versammlung statt, in der mit 97 Prozent der Arbeiter — einschließlich der freigewerkschaftlichen Kollegen aus dem DMB — der 24-stündige Proteststreik gegen den Rohrbau durch die Notverordnung beschlossen wurde.

Die Direktion promovierte, indem sie am Versammlungsort sämtliche Lichter ausdrücklich ließ. In ungeheuerer Erregung demonstrierten die Arbeiter in geschlossenem Zug zu einer Halle, wo sie die Versammlung abhielten. Am Streik unter revolutionärer Führung nahmen 2000 Mann teil.

Die AGO-Porzellanfabrik verließ zu 100 Prozent mit sämtlichen Lehrlingen den Betrieb.

### Neun Berliner Metallbetriebe im Streik

Berlin, 5. Januar. (Eig. Meldung.)

Gestern traten folgende Berliner Metallbetriebe in den Streik unter revolutionärer Führung: Jochmann, Borligwaldsee (400 Mann), Schöning (150 Mann), Hartung, Lichtenberg (200 Mann, fast alle Lehrlinge), Fröhlich (25 Mann), Metallschmelze Prometheus (200 Mann), Zum Vergaser (50 Mann).

Selbst Sonnabend streiken die Zahnradarbeiten Döhring und Friedrichshagen sowie der Metallbetrieb Krüger, Michaelisstraße.

### Streiks auf Berliner Baustellen

Die Baustellen Bündner, Adlershof (zur Hälfte) und die Baustelle Usedom Bumann, Rudow (geschlossen) streiken seit gestern.

Die Polizei besetzte gestern die Baustelle Bohnsdorf in der Wollersdorfer Straße und nahm drei Verhaftungen vor. Die Polizei behielt darauf den Streik ab Dienstag vormittag.

Bei Schulteck in Schöneiche wurde gestern eine Stunde nicht gearbeitet. In der Wottesfabrik in der Greifswalder Straße nahmen 27 Jungarbeiterinnen am Streik teil.

### Die Streiks an der Ruhr

Elsen, 4. Januar. (Eigene Meldung.)

Außer den bereits gestern gemeldeten Betrieben sind noch folgende Betriebsgruppen in den Streik getreten:

In Hamm streiken die Schachtanlagen Grillo hundertprozentig.

In Bochum die Schachtanlage Bismarck II zu 50 Prozent.

In Duisburg streiken die Schachtanlagen Tiefgarten zu 95 Prozent.

Die Schachtanlage Westerholt streikt zu 80 Prozent.

In Bochum hat der Betrieb der AGW eine halbe Stunde später angefangen zu arbeiten, und zwar nachdem die beiden Redner, die zum Streik aufgerufen, verhaftet wurden. In Bochum hat der Polizei-terror stark eingesetzt.

Auch in der Zeche De Wendel hat man den roten Betriebsrat in der Kasse verhaftet.

In Hörde streikt die Wohlsahrtsbaustelle Mörling.

In Gronau sind heute sämtliche Wohlsahrtsarbeiter geschlossen in den Streik getreten.

Elsen, 4. Januar. (Eig. Nachrich.)

Die Belegschaft des Chemiebetriebes Röder in

Cottrop mit 200 Mann Belegschaft ist in den Streik getreten.

In über 40 Ruhrbetrieben ist der Arbeitsbeginn bzw. die Ansicht zum Schacht eine halbe Stunde bis drei Stunden verzögert worden.

### Streiks im Düsseldorfer Bezirk

Düsseldorf, 4. Januar. (Eig. Nachrich.)

Im Solingen-Bensheimer Gebiet hat die Belegschaft des größten Betriebes, Klingenberg, die Arbeit niedergelegt. Bei Baumag wurde der Streik beschlossen.

In Gladbach fand bei der Firma Gebr. Junker ein halbstündiger Proteststreik statt. Am Nachmittag wurde sechs Stunden passive Resistenzen aus Protest geübt.

Im größten Gladbacher Textilbetrieb Rothen, wurden als Protest gegen den Lohnabbau 50 Weißhände stillgelegt.

Im Hagen-Schmelzer Gebiet streikten die beiden Betriebe Döle u. Röhr und Barnim des Höchst-Konzerns mit etwa 200 Arbeitern.

In Süddinscheid der Betrieb Hesseiner, in Hagen

der Betrieb Ruberg u. Rehmer, etwa 200 Mann. In Gelsenkirchen der Betrieb Hasenleveru. Sohn.

In Wuppertal (Elberfeld-Worms) standen die Metallbetriebe Rieri-Werke, sowie der Textilbetrieb Kollag im Streik.

### Teilstreiks in mitteldeutscher Chemie

Bitterfeld, 4. Januar. (Eig. Bericht.)

Verschiedene große Abteilungen der einzelnen Werke Kriesheim, Alim, Anilin und Aluminium haben den Streik durchgeführt. Gestreikt hat die Abteilung Süd des Kriesheimwerkes mit 250 Mann Belegschaft, die Abteilung Begleicher 3 von Alim-

### Hochwasserkatastrophe in Sachsen! Siehe auf der Seite 2

Wollen und die größte Abteilung im Aluminumbetrieb. Gestreikt wurde auch im Aluminiumwerk.

Die Direktion der AG Farbenwerke hatte alle verfügbaren Kräfte zum Streikbrechen alarmiert. Alle Ingenieure, Meister und Vorarbeiter muhten heute zur Frühstück erscheinen. Feuerwehr und Polizeiaufgebote waren auf den Beinen. Die sozialfaschistischen Gewerkschaftsbörsen bestellten alle reformistischen Vertreter, auch diejenigen, die Mittags- oder Nachschicht hatten, zur Frühstück, um sofort Streikbrecher zur Verfügung zu haben.

Es wurde eine Reihe von Verhaftungen und kritischen Entlassungen von revolutionären Arbeitern vorgenommen.

### 5500 englische Schauerleute und Hafenarbeiter im Streik

Durch den Streik der Schauerleute ist der Londoner Hafen heute vollständig stillgelegt. 5500 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Heute morgen fand eine Demonstration durch die Docks statt.

In Bootle-Wirkenhead sieht der Streik der Hafenarbeiter fest. In Glasgow streikt die Mehrheit der Hafenarbeiter. In Aberdeen beschlossen die Hafenarbeiter ebenfalls in den Streik zu treten.

## KPD-Massenversammlungen aufgelöst!

Die Dresdner Polizei geht über ihre Anweisungen hinaus!

Gestern abend fand im Keglerheim die erste Massenversammlung der KPD nach der Verhängung des „Burgfriedens“ statt. An Stelle des verhinderten Genossen Siegel sprach der Genosse Schleske zu den in Massen erschienenen Arbeitern. Seine Ausschüttungen über das Thema „Rote Einheit gegen „elserne“ Front, in denen er besonders den fürchterlichen sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion dem kapitalistischen Niedergang gegenüberstellte, wurden mit starlem Beifall aufgenommen.

Die Polizei war durch ein Kommando mit Einert an der Spitze vertreten.

Nach der kurzen Pause ereignete sich der erste Zwischenfall. Da die Versammlung überwachende Polizeikommissare forderte, daß alle politischen Abzeichen, die angeblich von Versammlungsbesuchern getragen wurden, abgelegt werden sollten. Andernfalls würde die Versammlung aufgelöst. Soweit wir feststellen konnten, handelte es sich dabei um ein Abzeichen der Internationalen Arbeiterhilfe und einen roten Binder eines Jungarbeiters. Die nettoe Haltung der Polizei zeigte sich durch diesen Vorfall sowohl, daß sie bereits die Tschalos aufrichteten und die Gummiknüppel bereithielten. Durch das energische Eingreifen der Versammlungsleitung gelang es, diesen Zwischenfall beizulegen.

In der Diskussion sprach zuerst ein Gewerkschaftsvertreter über die Rürung der Unterschüttung und die dadurch hervorgerufen weitere Verelendung der Gewerkschaften. Er forderte den Zusammenschluß aller Gewerkschaften und Betriebsarbeiter zum Kampf für Arbeit und Brot und besonders auch zur Ablösung sozialistischer Ueberfälle.

Als zweiter sprach ein Jungarbeiter über die Notlage der Arbeiterjugend. In dem Augenblick, als er besonders davon sprach das Vorhaben der Bourgeoisie gegen kommunistische Ar-

beitslose Jungarbeiter schiederte, wurde von dem Polizeikommissar Einert die Versammlung als aufgelöst erklärt.

Die Polizei nahm sofort mit dem Gummiknüppel in der Hand vor der Bühne Aufstellung und wollte dann zur Räumung des Saales übergehen. Die Massen der Versammlung gaben der Polizei aber keine Gelegenheit zum Eingreifen. In sehr disziplinierter Weise verließen die Arbeiter mit dem Gelang des Internationals und mit „Rot-Front“ und „Nieder!“ auf den Saal.

### Erwerbslosenversammlung verhindert

Besonders charakteristisch war das Verhalten der Polizei bei der Erwerbslosenversammlung, die um 10 Uhr im Bürgergarten stattfinden sollte. Als der Versammlungsleiter etwas verspätet eintraf, erklärten die Führer des Polizeikommandos, die Versammlung sei nur von um 10 Uhr ab genehmigt, für eine später begonnene Versammlung läge eine Genehmigung vor. Hier handelt es sich ganz offensichtlich um eine direkte Schilane. Als der kommunistische Stadtverordnete Schneider telefonisch protest beim Polizeipräsidium erhob, wurde ihm dann mitgeteilt, daß die Beamten offenbar über ihre Befugnisse hinausgegangen seien. Der Zweck war jedoch erreicht, denn die Versammlung selbst war verhindert worden.

Die Polizeiaktionen gegen die ersten Versammlungen der revolutionären Arbeiterschaft nach Aufhebung des „Burgfriedens“ werden die Dresdner weifste Bevölkerung nicht daran hindern, ihr Vertrauen zur Kommunistischen Partei und ihre Zustimmung zum roten Volksentscheid zum Ausdruck bringen. Starke Werbung für die KPD, KGD, Arbeiterjugend und



# Autogigant, Molotow! Nischni Nowgorod

Die Eröffnung eine Jubelfeier der ganzen Sowjetunion! — Alle Weltrekorde beim Bau übertrafen! — Amerikas Autoföhrer Ford bankrott: Alle 2½ Minuten ein Sowjetauto!

Nischni-Nowgorod, 2. Januar. Gestern feierte die Arbeiterschaft Nischni-Nowgorods und der ganzen Sowjetunion einen neuen Sieg der Generallinie der Kommunistischen Partei an der Front der Industrialisierung: Der Autogigant nahm pünktlich in den entscheidenden Abteilungen die Arbeit auf, so daß im einzigen Tag bereits die ersten Sowjetautos vom Rücken des Nischni-Nowgoroder Autobetriebes laufen können.

Zehntausende Arbeiter, unter Führung der unermüdlichen Parteidivision und Komjomsch, hatten beschlossen, das Riesentorwerk fristgemäß dem Sowjetland zu übergeben. Sie überwandene die zweit schwerste und unüberwindliche Schwierigkeit der technischen Rüstungsindustrie, der Sodatage und des opportunistischen Pessimismus.

Heute steht der riesige Sowjetbau fertig da, in allen entscheidenden Teilen fertig montiert und bereit, dem Sowjetland und den Kollektiven Zehntausende von Lastautos und Leichtautos zu übergeben. Noch vor 18 Monaten nur Gasstappe war, stehen heute 13 Fabrikstriebe mit modernster Maschinenausstattung aus der Sowjetunion, Amerika, England und Deutschland. Beispiele: Werk der Motorenbau und die mechanische Abteilung messen 840 Meter mal 108 Meter, ein Rauminhalt von 388 768 Kubikmetern, ausgestattet mit 2500 komplizierten Maschinen. 30 000 Arbeiter bauen in einem Durchschnitttempo, das alle Rekorde der Welt übertrifft.

Der Kampf der Partei und der Gewerkschaften, die Beteiligung der gesamten Arbeiterschaft und von Zehntausenden von Kollektivbauern und insbesondere die vorbildliche Arbeit des Betriebsrates der Partei und Komjomsch zur Durchführung der sozialen Bedingungen Stalins, angefeuert durch den normärturenden Arbeitsenthousiasmus der Massen für ihren eigenen Arbeitgeber, ermöglichte in so kurzer Zeit, das Riesenwerk aus dem Boden zu hampfen. So stieg die Zahl der Stoßtrupps von 800 Brigaden mit 11 800 Stoßtrupplern, gleich 65,2 Prozent der Geländebedeckung, vom Juni 1931 auf 562 Brigaden mit 26 951 Stoßtrupplern, gleich 93,8 Prozent der Geländebedeckung heute. Von Januar bis September machten die Arbeiter 4 775 Rationalisierungsvorschläge, von welchen 2 256 verwirklicht wurden. Allein 118 Vorschläge ergaben eine Ersparnis von 264 758 Rubel.

Mit den Mauern des Werkes wuchs auch die Organisation der Partei, des Komjomsch und der Gewerkschaften. Der Komjomsch soll drastische Wunderwerke des Arbeitseinsatzes, enthaltsam, ohne den die pünktliche Fertigstellung kaum möglich gewesen wäre. Allein im Oktober gaben die Komjonsch für Bauarbeiten und Montage neben der üblichen Tagesarbeit 26 000 Überstunden bei. Der Komjomsch wurde dementsprechend

## Siege der Roten China-Armee

Schanghai, 4. Januar. Unter Mantianhang in der Peiping-Kämpfe wurde der Belagerungszustand verhängt, weil Truppen der Roten Armee sich der Nähe der Hauptstadt befinden.

Die Hauptstadt des Kreises Puji ist nun der Roten Armee umgangen. Die Militärbehörden von Wuhan entsenden sofort Truppenteile der 4. Division zur Unterstützung der örtlichen Garnison, doch schlossen sich diese den Roten Truppen an. Der Verkehr auf der Eisenbahnlinie Wu-chou-Tschang-gi-schou unterbrochen.

Die Roten Armeen haben auch so wichtige Plätze wie Siaogang, Tsingtau und Tsingming besetzt und überall die Sowjetmacht errichtet.



## 28. Fortsetzung

Der elegante Herr marxierte nun neurom in Politur. „Ich kann sie wohl im Einverständnis mit der Mehrheit des Hauses, wenn ich erlaube, daß wir es ablehnen müssen, uns dem Teller der Geschichte zu beugen. Ich schließe die Sitzung.“

Auf die Zusage der Erwerbslosen: „Auch ein Arbeiternestet! — Es liegt ja an der Krippe!“ hatte er nur die Ignoranz raus des Emporkommelings.

Jetzt waren schrille Schreie von der Treppe her zu hören. Ein Uebarfallkommando schlug ohne vorherige Aufforderung, das Gebäude zu verlassen, auf die Erwerbslosen ein. In wenigen Minuten war die Ordnung wieder hergestellt. Zwei Lastautos mit Gefangenem fuhren die Frankfurter Allee hinunter.

★

In dieser Nacht kam Albert zum ersten Male nach der Heimat aus dem Schürgangrauen nicht nach Hause. Er lag — oder stand vielmehr — mit circa einem Dutzend anderer Arbeiterschwestern in einer Zelle des Polizeipräsidiums und wartete auf seine Vernehmung. Erst gegen Mittag wurde er vorgeführt.

„Sie helfen?“ fragte ihn ein Polizeileutnant.

Albert nannte seinen Namen.

„Wo wohnen Sie?“

Albert nannte keine Adresse.

„Welcher Partei gehören Sie an?“

„Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie sich die Folgen selbst zuzuschreiben haben, wenn Sie nicht wahrheitsgemäß aussagen! Also, Sie gehören keiner Partei an.“

„Nein!“

„Auf wessen Veranlassung beteiligten Sie sich an dem Unfall auf das Rathaus in Lichtenberg?“ Der Deuntzart lobt Albert.

von 60 Mitgliedern im Dezember 1930 auf 6000 Mitglieder im Dezember 1931.

Die Durchführung der sozialen Bedingungen Stalins erhöhte die Löhne zum Teil bis um 45 Prozent, erhöhte die Arbeitsproduktivität und sorgte für die Erfüllung der gestellten Aufgaben.

Die Eröffnung gestern morgen gestaltete sich zu einer Jubelfeier vieler Zehntausende von Werktätigen des ganzen Gebiets unter Teilnahme der gesamten Sowjetunion. Zahlreiche Extra-Brüder aus Moskau und anderen Teilen der Sowjetunion brachten viele Hunderte von Delegationen der Großbetriebe.

Das gewaltige Hauptgebäude, in welchem die Direktion und die Vertretungen der Partei und Gewerkschaften sich befinden, stand

im Geschmack roter Zohlen. Über das Gebäude waren rote Transparente gehangen mit Botschaften wie: „Die Eröffnung des Autobetriebes ist ein gewaltiger Sieg auf der Generallinie der Partei“ und „Die Verbesserung der Technik ermöglicht uns, die führenden kapitalistischen Länder zu überholen.“ Vom frühen Morgen an strömten Tausende von Arbeitern auf Lastautos und Siedlungen zum Betrieb. Um 11 Uhr erreichte die Spire der Demonstration der Zehntausende das Betriebsgelände. Sie marschierten mit vielen Kapellen und trugen Transparente, auf denen die gewaltigen Erfolge der Arbeit und der Rückgang des Kapitalismus, insbesondere der Ford-Werke in Detroit, drastisch gegenübergestellt sind. Die Transparente zeigten ein neues Sowjetlastauto und ein zusammengebrochenes Fordauto, gefeuert von Henry Ford.

Die Delegierten besichtigten verschiedene Abteilungen des Betriebes, worauf in der mechanischen Reparaturwerkstatt, mittwoch zwischen den Maschinen, eine Konferenz der Belegschaft mit den Delegierten der ganzen Sowjetunion stattfand. Unter stürmischer Begeisterung wurde der Vorschlag aus 41 Abteilungssitzungen angenommen, den Betrieb Molotow zu nennen. Die Konferenz begrüßte unter großem Jubel Vertreter des ZK der Partei, der Regierung, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen. 1300 der besten Stoßtruppler erhielten Prämien von insgesamt 322 000 Rubel und 10 Automobile.

Um Abend feierte die Arbeiterschaft die Eröffnung in einer begeisterten Massenversammlung im Kulturbau.

## Hitler im Dienste des britischen Imperiums

### Der Führer gegen die nationale Freiheit des indischen Volkes

In seiner Kriegserklärung dem britischen Imperialismus bestand Hitler bei jeder Gelegenheit, daß er gegen die nationale Unabhängigkeit des indischen Volkes sei. Als er unlängst sowohl im „Völkischen Beobachter“ als auch in den „Times“ wieder einmal in diesem Sinne zur indischen Frage Stellung genommen hatte, wandte sich der Jude L. Pillai mit einem Brief an ihn. In diesem Brief weist Pillai darauf hin, daß Hitlers Stellung zur indischen Frage den deutsch-indischen Beziehungen nur Schaden föhne, ja, zu einer Stilllegung des deutschen Exportes nach Indien führen müsse.

Auf diesen Brief ließ Hitler Pillai eine Antwort zukommen, in der es heißt:

### Auslandsanleihen — ein fettes Geschäft

Washington, 4. Januar. Senator Johnson erklärte, daß die internationale Bankiers der Vereinigten Staaten seit dem Kriegsbeginn an ihnen an das Ausland gegebenen Anleihen in Höhe von 10 Milliarden Dollar mehr als 500 Millionen Dollar Gewinne bezogen hätten.

★

Zehn amerikanische Banken haben zum Jahresbeginn ihre Schalter geschlossen, darunter die Volksbank von Charleston mit ihren 47 Filialen und 28 Millionen Dollar Depots.

### Im Zeichen der „Abrüstungskonferenz“

120 neue Kriegsschiffe für USA — 60 Bomberflieger für Belgien

Washington, 4. Januar. Dem Repräsentantenhaus ist eine Vorlage über den Bau von 120 neuen Kriegsschiffen zugegangen, die mit einem Kostenaufwand von 616 250 000 Dollar, verteilt auf die nächsten zehn Jahre, erbaut werden sollen.

★

London, 3. Januar. Die belgische Regierung hat der englischen Flugzeuggläubiger British Aviation Company in Hayes einen

Antrag auf 60 Kriegsluftzeuge erfüllt. Der Preis beträgt etwa 4,5 Millionen Pfund.

### Kurze Auslandsnachrichten

Die Zahl der Arbeitslosen in Belgien ist inständig gestiegen. Am 31. Dezember 1931 zählte man bereits 225 246 Arbeitslose gegen 195 000 im Vorjahr.

★

In der Provinz Entre Rios im Nordosten Argentiniens ist ein Aufstand ausgebrochen. Die Aufständischen haben La Paz und andere Dörfer der Provinz eingenommen, anschließend geht der Aufstand von Anhängern Trujanos aus.

★

Der frühere tschechische Minister Strba, der der tschechischen Regierung und der Korruption angeklagt war, wurde freigesprochen. Strba ist Vorsitzender der tschechischen nationalen Partei.

★

Ein katholischer Priester sucht die Radikalisierung der amerikanischen Arbeiterschaft zu einem antifaschistischen Hungermarsch nach Washington auszunutzen.

★

Zwischen uruguayischen Flussländern und amerikanischen Marinesoldaten kam es bei Conchito zu einem Schießest.

„Sie sagten mir, daß die Erwerbslosen in der Erwerbslosenversammlung, in der Sie sich eingesetzt haben, gewählt wurde. Haben Sie auch an der Wahl teilgenommen?“

„Ja.“

„Gehörten Sie selbst zu dieser Delegation?“

„Nein.“

„Kennen Sie die zu dieser Delegation gewählten Personen?“

Der Deuntzart stellte die Frage so, als wolle er ihr keine große Bedeutung bei. Er sah bewußt vor sich hin. Als Albert nicht antwortete, sah er sich rudertisch nach diesem um.

„Sie müssen doch wissen, mein Sie Ihre Stimme geben! Sie müssen die Leute doch kennen!“

Albert sah in das Gesicht des uniformierten Rechtschafteins und lachte.

„Darauf verweigerte ich die Aussage.“

Der Deuntzart sprang vom Stuhl hoch und lächelte.

„Sie scheinen gute Gründe zu haben, die Aussage zu verteidigen. Ich kann Ihnen jedoch vertrauen, daß wir über diese Gründe bereits genügend informiert sind.“ Als Albert jedoch weiter im Schweigen verharre, redete der Deuntzart — in merkwürdig verändertem Ton — weiter:

„Wir glaubten aber, daß Sie sich durch eine freimütige wahrheitsgemäße Aussage entlasten und einen falschen Verdacht von sich abwälzen würden. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein.“

Albert blieb Schweigend sitzen. Der Protokollführer reichte ihm dann das Protokoll zur Unterschrift.

„In diesem Protokoll steht war fortwählig Sitz an Sitz geschrieben: Der Arbeiter Albert Buchner erklärt, daß die Arbeitslosen in der Versammlung vom — — — die Forderungen erhöhen: Erhöhung der Unterhaltung auf das Existenzminimum, sofortige Auszahlung einer Wirtschaftshilfe von tausend Pfund um.“

„Eine in dieser Versammlung gewählte Delegation wurde beansprucht, dem Magistrat diese Forderungen zu unterbreiten. Um ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, demonstrierten die Erwerbslosen vor dem Rathaus. Als der Deuntzart der Einführung verweigert wurde, nahmen die Demonstranten eine drohende Haltung ein und drängten dann trotz des ausdrücklichen Verbots, in die Räume und in den Sitzungssaal. Unter der Drohung, wer dieser Delegation angehört, oder ob ich selbst Mitglied der Delegation war, verweigerte ich die Aussage.“

(Fortsetzung folgt.)





## Endlich geschafft!

Der aus dem Tempel-Prozeß hinreichend bekannte Oberregierungsrat Nöckisch, von dem behauptet wurde, daß er die treibende Kraft für die Entfernung Tempels sei und sich beim Ministerium für den Präsidentenposten in empfehlende Erinnerung gebracht habe, wurde von der Schiedsregierung zum Präsidenten der Landesversicherungsanstalt ernannt.

Damit ist einer der Angehörigen der höheren Beamten, in deren Interesse die Nazis sich so eifrig betätigten, Inhaber des so hoch begehrten, von den Beiträgen der Arbeiter bezahlten Futterkrippe geworden. Die Dresdner Volkszeitung zitiert von einem „argen Mißgriff der Regierung“, „mangelnder Eignung, da nur Jurist“ usw.

Es ist der Reiz um die verlorengegangene Futterkrippe, die damit von einem anderen befreit wurde. Mit dieser Stellungnahme soll den Arbeitern vorgetäuscht werden, daß Tempel, der jetzt den Abbau aller Leistungen in der Krankenfasse vollzieht, im Interesse der Arbeiter geeigneter sei. Die Arbeiter aber müssen erkennen, daß nicht der Wechsel von Personen über das Maß der Sozialpolitik, das den Werktagen gewährt wird, entscheidet, sondern nur der Wechsel des Systems! Erst wenn im freien sozialistischen Deutschland in einer von den Arbeitern selbst verwalteten Versicherung die Arbeiter selbst entscheiden werden, wird ein sozialpolitischer Aufstieg zu verzeichnen sein!

## Großfeuer im Innern der Stadt

**Merkwürdiges um ein Großfeuer. Tags zuvor wurde revidiert. Geschäftsbücher sind mit verbrannt**

Gestern morgen brach wie schon kurz gemeldet in den frühen Morgenstunden in den Lager- und Geschäftsräumen der Firma M. & R. Jocher, Dippoldiswalder Gasse 6, Feuer aus. Dasselbe ereignet an den dort Lagernden Papierballen reiche Nahrung. Mehrere Feuerwehrleute erlitten leichte Verbrühungen. Über die Ursache des Brandes ist noch nichts bekannt. Es ist möglich daß die Entzündung des Herdes schon vor sehr geraumer Zeit erfolgt ist und daß das Feuer sich langsam an den Papierstöcken hingestreut hat. Darauf lasse auch die große Ausdehnung des Brandes sofort nach der Entdeckung der Bergalmung und beim Eingreifen der Feuerwehr schließen. Es muß, wie wir gestern bereits betonten, eigentlich beruhren, daß heute Inventuraufnahme ist, und in derselben Nacht brennt es.

So meldet der Dresdner Anzeiger:

Die Bücher, in denen das Ergebnis der Inventur niedergeschrieben wurde, sind auch den Flammen zum Opfer gefallen, da sie auf dem Tische des Lagerherrn liegengeblieben waren. Der entstandene Material- und Gebäudeschaden wird auf 300 000 Mark geschätzt.

Kann man hier nicht auf den Gedanken kommen, daß die Rechnung vorher schon fertig war?

## Vom Wohltätigkeits-Gauklerfest

Die Freunde der "Menja" schreiben uns, daß in diesem Jahre wieder wie in den anderen Jahren am 23. Januar 1932

## Verhaftung im Dresdner Polizeipräsidium

**Regierungssmann Schaele vom Wirtschaftsamt des Polizeipräsidiums verhaftet / Werden die Dresdner Volkszeitung und der „Freiheitskampf“ noch immer schwelgen?**

Wir brachten die Mitteilung vom Uebergreifen des Korruptionsanfalls bei der Dresdner Straßenbahn auf das Polizeipräsidium Dresden. Dort wurden beim Wirtschaftsamt Unregelmäßigkeiten festgestellt. Drei Beamte wurden sofort vom Dienst suspendiert. Weder die Dresdner Volkszeitung noch der „Freiheitskampf“, die dann, wenn es sich um Meldungen des Polizeipräsidiums gegen Kommunisten handelt, spaltenlange Berichte bringen, hatten auch nur eine einzige Zeile gebracht. Ausswärtige Zeitungen der SPD, wie die Oberlausitzer Volkszeitung, brachten eine Meldung, aber so, daß man die Absicht der Beschönigung herauslesen konnte. Wir ließen nicht los und veröffentlichten weiteres Material, in dem festgestellt wurde, daß tatsächlich Skandalfälle auch in Dresden vorkommen würden und daß die Untersuchung sogar auf preußische Polizeibeamte ausgedehnt worden ist. Die bürgerliche Presse bringt nun am Sonnabend folgende Meldung:

„Die Untersuchung der Unregelmäßigkeiten bei der Straßenbahn“

## Verhaftung eines Beamten der sächsischen Polizeiverwaltung

Bei der Staatsanwaltschaftlichen Untersuchung der Unregelmäßigkeiten bei der Dresdner Straßenbahn Abg hat sich ergeben, daß der Seinerzeit verhaltene Polizeiaufseher Richter (Industriegelände) u. a. auch mit der sächsischen Polizeiverwaltung in Geschäftsvorbindung gefanden hat. Auch dabei sind Unregelmäßigkeiten festgestellt worden, die vor einiger Zeit zur Suspendierung dreier Verwaltungsbeamter des hiesigen

Polizeipräsidiums führten. Am Mittwoch wurde nunmehr auf Anordnung der Staatsanwaltschaft der Regierungssmann Schaele festgenommen und in das Untersuchungsgesetz beim Landgericht eingeliefert.“

Damit werden unsere Feststellungen in vollem Umfange bestätigt und die Meldung der Oberlausitzer Volkszeitung, die wir abdrucken, widerlegt. Die Dresdner Volkszeitung, die dies etablierte Denunziantenblättchen im Dienste der herrschenden Klasse gegen die revolutionären Arbeiter, die aus den kleinen Meldungen gegen die KPD genau wie die gesamte bürgerliche Presse spaltenlange Heftartikel macht, hatte alles unterschlagen und auch diese Meldung nicht gebracht. Als wir diese Zeile

## Heute Soermus-Konzert in Neustadt!

20 Uhr im Orpheum, Kamenzer Straße

Das Soermus-Konzert, das am 22. Dezember ausgefallen war, findet bestimmt heute 20 Uhr statt. Eintritt für Erwerbslose 30, Vollarbeiter 50, Reserviert 70 Pf.

stellung machen und dabei gleichzeitig die weitere Tatsache festgestellt, daß auch der „Freiheitskampf“ sich im Bunde mit der Dresdner Volkszeitung befindet, da antwortete die Tante vom Wettinplatz mit einem wütigen Schimpfen, in dem sie die Straßenbahndirektion voll in Schuß nahm. Im übrigen behauptete sie, unser Heldzug sei nur ein „Racheakt“ entlassener Straßenbahnbetriebsräte gegen die Direktion, die Aufführung aber sei das Werk der Treuhandgesellschaft.

Geradezu lächerlich war ihre Fürsorge für die Direktion. Es lieg in dem Artikel der Dresdner Volkszeitung:

„Das ganze Untersuchungsverfahren dürfte wegen seines Umsangs erst Ende Januar abgeschlossen sein, so daß sich dann erst ein genaues Bild ergibt.“

Aus diesem Grunde ist es auch absolut lächerlich, wenn die Kommunisten der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfaktion deswegen Vorwürfe machen, weil sie einen kommunistischen Antrag auf Dienstbefreiung des Stadtrats Dr. Albrecht, den führenden Direktor der Straßenbahn, nicht unterstützt habe. Nach dem jetzigen Stand der Untersuchung liegt kein Anlaß dazu vor. Es ist auch unklug, die leitende Person eines Werkes von nahezu 1000 Beschäftigten unter allen Umständen dafür verantwortlich zu machen, wenn ein oder zwei Untergebene in einer Abteilung des Werkes Unterschreite begehen.“

Ob die Dresdner Volkszeitung, wenn es sich um einen kommunistischen Delegierten handelt, die gleicheVerteidigungslinie befolgt? Wir stellen hiermit nochmal mit aller Deutlichkeit fest:

„Alle Betriebsräte haben bereits Monate vor der Endbedingung durch die Treuhandgesellschaft Untersuchungen verlangt.“

„Alle Betriebsräte verlangten Nachprüfung der geleisteten Ware.“

Die SPD-Betriebsräte im Bunde mit den christlich-schlesischen Betriebsräten lehnten die Untersuchung ab. Die Direktion lehnte alle Nachprüfungen der Beschwerden ab. Was Reichert, Mitglied des Gewerkschaftsverbands und, wie gesprochen wird, auch der SPD, sagt, war einfach richtig. Das will die Volkszeitung mit ihrer öden Schimpfarei vertuschen, weil ihre Betriebsräte sich schäsig vor Albrecht stellen. Deshalb wird von ihr alles getan.

Unsere fortgesetzten Angreife haben aber ein Gutes gehabt: Sie haben die so schwergame bürgerliche Presse zum Reden gebracht. Sie bringen die Meldung zwar ohne eigene Stellungnahme, die sie bei Kommunisten nie vergessen, aber sie bringen sie.

Nur „Freiheitskampf“ und Volkszeitung schwiegen.

Sollte das etwa damit zusammenhängen, daß — wie erzählt wird — der jetzt verhaftete Regierungssmann den Nazis angehören soll, wie ja Reichert und andere bei der Straßenbahn und bei der Polizei verwickelte Beamte Mitglieder der KPD sein sollen. Dann allerdings wäre ihr Schweigen verständlich. Die Werktagen werden sich selbst ihren Reim daraus machen und zu der Erfahrung kommen, daß sie diesen Parteien den Rücken kehren müssen, weil ihr Platz nur sein kann in der kommunistischen Partei!

## Raubüberfall in der Oberlößnitz

In Oberlößnitz, Heidebergstraße, wurden am 2. Januar zwischen 21 und 22 Uhr zwei ältere Frauen in ihrer Wohnung von vier jüngeren maskierten Männern überfallen. Die noch unbekannten Täter haben der einen Frau die Züge zusammengehalten und anderen forderten sie unter Bedrohung einer Pistole Geld. In ihrer Angst händigte die Frau den Männern 45 Mark aus. Die Täter sind unerkannt entkommen.

## „Bohnenkaffee — nichts für Polizeibeamte“

**Gerichtsassessor sagt: „Aus welchem Grunde Beamte Bohnenkaffee trinken sollen, ist nicht erschöpfend.“**

Vor kurzem veröffentlichte eine Berliner Zeitung das Urteil eines preußischen Amtsgerichts gegen einen Polizeibeamten, dem von seinem Monatsgehalt eine Summe von 58,20 Mark zum Leben übrig blieb. Gerichtsassessor Barthaus, der die Einnahmen und Ausgaben zu prüfen hatte, sagt in seinem Urteil:

„Die vom Kläger (also von dem Polizeibeamten) aufgestellte Berechnung seiner Unterhaltsosten geht über die Anforderungen seines Standes hinaus. Zum sondergemüthen Auftreten eines jungen Wachmeisters gehört kein Zidianzug. Deshalb mußte auch die Ratenzahlung von 12,50 Mark monatlich unbedingtbleiben. Weiter war die Rate von 10 Mark für die Beamtenbank unbedingt zu lassen.“

Aerner und die Ausgaben für Reinigung und Ausbesserung der Wäsche zu hoch berechnet. Stopfen der Strümpfe und sonstige Ausbesserungen der Wäsche kann der Kläger selbst vornehmen. Was früher vom Major verlangt worden ist, wird der Kläger auch noch leisten können.

Das Rästen braucht nicht durch den Friseur zu erfolgen.

Der Kläger mag sich ein Messer oder Apparat anschaffen, dessen Anschaffungskosten auf längere Zeit umgelegen sind. Für Schuhcreme, Hautcreme und Zahnpasta ist monatlich nur eine Mark anzuerkennen. Der Preis für Butter ist vom Kläger ebenfalls zu hoch angesetzt worden. Gute Landbutter kostet 1,50 bis 1,80 und 2 Mark das Pfund. Der Kläger kann außerdem ab und zu Margarine essen. Aus welchem Grunde der Kläger Bohnenkaffee trinken muß, ist nicht erschöpfend.

Bohnenkaffee ist teuer und zudem gesundheitsschädlich. Gilt ein Abendbrot darf der Kläger nicht 1,20 Mark berechnen. Es ist nicht erforderlich, daß der Kläger jeden Abend warme ist. Es genügt, wenn er zu dem schon berechneten Brot und zur Butter noch ein Viertel Ausschnitt zum Preise von 10 Pfennig täglich hinzufügt und zwischendurch einmal warm zu Abend ist.“

Herrn und die Ausgaben für Reinigung und Ausbesserung der Wäsche zu hoch berechnet. Stopfen der Strümpfe und sonstige Ausbesserungen der Wäsche kann der Kläger selbst vornehmen. Was früher vom Major verlangt worden ist, wird der Kläger auch noch leisten können.

Das Rästen braucht nicht durch den Friseur zu erfolgen.



## Zur Diskussion mit SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern

# Streikbruchaktionen des DMV

**Verstärkte Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front heißt das letzte Mitglied über die Rolle der Streikbruchsürokratie aufzulären**

Die Haltung der Gewerkschaftsbürokratie zu Kampfmahmen der Arbeiterschaft enthüllt sich immer klarer vor den Augen der Mitglieder. Kleine oder weniger offen kommt in allen Gewerkschaftsversammlungen die Empörung über die fortgeschlagenen Verträge der Gewerkschaftsführer zum Ausdruck, die als „König der Unsel“ angefangen von freien Vereinbarungen mit den Unternehmern bis zum offenen Streikbruch und zur Denunziation revolutionärer Arbeiter alles mitmachten, um jeden Willen zum Kampf um die Verteidigung der nächsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft im Reime zu erfinden.

Trotz allerden Stößen noch Millionen hinter den reformistischen Gewerkschaften, auf den Moment harrten, wo die seit Jahren angekündigte „Kriegsprache“ einmal vor sich gehen soll.

Wir Kommunisten haben immer zum Ausdruck gebracht, daß die Spione der Gewerkschaftsführung, angefangen vom Bundesvorstand des ADGB bis zu den Angestellten der einzelnen Verbände in den Filialen, mit dem Unternehmertum und dem kapitalistischen Staat schon so verziigt sind, daß sie sich ängstlich bewegen, „jede Erhöhung der Wirtschaft zu vermeiden“, die durch Kampfmahnahmen der Arbeiterschaft herbeigeführt werden könnte.

Eine wichtige Frage, die in allen Diskussionen unserer Gewerkschaften mit sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern eine große Rolle spielt, ist die Frage der Streikbruchaktionen der Gewerkschaftsbürokratie. Erregt durch die Gewerkschaftsführer, die natürlich kein Wort von jenen Dschäflichen an der Arbeiterschaft bringt, erklärten die sozialdemokratischen Arbeiter offen Lügen und Behauptungen als Wahrheit.

Um den Beweis für die in der Diskussion zum Ausdruck gebrachten Behauptungen erbringen zu können, wandte ich ein Gespräch an den Einheitsverbund der Metallarbeiter, der ihm auf seine Bitte authentisches Material zur Verfügung stellte, das wie im Original zum Abdruck bringt.

Im Betrieb Lindner, Berlin-D. Fuchtsstraße, eine Siedlung, in der Werkzeugmaschinen hergestellt werden und die fast nur Auftragsaufträge hat, wollte der Unternehmer den sozialen Überarbeitungslohn um 10 Prozent abbauen. Daraufhin beßtlich die gesamte Belegschaft (40-50 Mann), ein Teil DMV-Kollegen, ein Teil Kollegen des roten Verbundes und einige Unorganisierte, den Streik. Nach einigen Wochen Streik gaben die Führer des DMV ihren Mitgliedern, die bis dahin mit den anderen Kollegen in gemeinsamer Kampffront standen, die Anweisung, unbedingt mit dem Unternehmer zu verhandeln. Die Streikleitung, die nur aus Kollegen des roten Verbundes bestand, wußte daraufhin tatsächlich den Gehalt und verhandelte mit dem Unternehmer. Dieser lehnte alle Verhandlungen ab. Trotzdem versuchten die DMV-Kollegen in der Streikversammlung, die einige Tage später stattfand, wieder eine Verhandlungskommission zu wählen. Die Kollegen des roten Verbundes schauten aber dieses ab. Daraufhin erklärten die DMV-Kollegen auf Auflösung ihrer Führer, daß sie sich nicht mehr als Streikende betrachten, und daß sie jetzt die Verhandlungen selbst mit dem Unternehmer aufnehmen werden. Von jetzt an hielten sie ihre Streikversammlungen selbst ab und durch eine Kommission aus ihren Reihen verhandelten sie wieder bis Januar mit dem Unternehmer. Das Ergebnis war folgendes: etwa 15 DMV-Kollegen können wieder anfangen, alle anderen bleiben verläßig draußen, der 10prozentige Lohnabbau wird nicht zugeschlagen. Dieses Verhandlungsergebnis übertrafen sie den Kollegen des roten Verbundes durch eine Delegation. Die Kollegen des roten Verbundes ließen jegliche Diskussion sowie auch Abstimmung über dieses Verhandlungsergebnis ab und beschlossen weiter zu streiken. Der DMV empfahl seinen Kollegen, die Arbeit wieder aufzunehmen, und zwang mit dieser Methode die DMV-Mitglieder zum Streikbruch. Die DMV-Kollegen nahmen, trocken wie zu jedem noch einen Brief geschrieben hatten, sich nicht zum Streikbrecher bestimmt zu führen, die Arbeit wieder auf und wurden beim Betreten des Einganges zum Betrieb wie auch beim Verlassen des Betriebes von den anderen Streikenden und den Gewerkschaften mit den Rufen „Streikbrecher“ um empfangen, so daß sich lebhaft in ihren Reihen der Gedanke mehr und mehr bemerkt machte, daß sie doch eine lebhafte Rolle spielen. Einige DMV-Kollegen äußerten, unter Polizeibedrohung nicht mehr in den Betrieb und aus dem Betrieb zu gehen und waren der Meinung, daß man wieder die Arbeit niederlegen soll. Bis zum heutigen Tage

haben sie dieses noch nicht getan und allem Anschein nach wird es der DMV-Bürokratie gelingen, zum mindesten einen Teil der DMV-Kollegen als Streikbrecher weiter arbeiten zu lassen.

Bei der Aktion Borßig brach vor 3 Wochen ebenfalls ein Streik der Kernmacher und Payer gegen einen differenzierten Lohnabbau von 6 bis 12 Prozent aus. Obwohl auch hier in den ersten Tagen des Streiks eine gemeinsame Kampffront bestand, gelang es dem SPD-Betriebsratsvorsitzenden Götz, die Kampffront zu zerstören. Nach Verhandlungen mit der Firma Borßig wurde das Zugeständnis gemacht, daß nur 2-4 Prozent abgezogen werden und man doch, erklärte Götz, unter diesen Umständen die Arbeit wieder aufnehmen soll. Dadurch gelang es den Reformisten, einen Teil ihrer Mitglieder für die Wiederaufnahme der Arbeit zu gewinnen, während die Kollegen des roten Verbundes sowie die Unorganisierten weiter streikten. Auch hier ist der Beweis erbracht, daß die Bürokratie des DMV mit allen Mitteln versucht, bei einem Streik ihre Mitglieder zu zwingen, Streikbrechdienste zu leisten. Die Streiks bei Lindner und Alles, Berlin-Weißensee, gehen von unserer Seite aus im Moment noch weiter.

Die angeführten Tatsachen sind nur einige Beispiele aus der Streikbruchspraxis der DMV-Bürokratie. Man könnte sie noch beliebig erweitern. Den Metallarbeitern ist bekannt, daß ähnlich des Rohrlegerstreiks in Berlin die Zahlstelle Dresden des MWZ Jugendliche als Streikbrecher vermittelte. (Wir veröffentlichen leiderzeit Namen und Adressen der vermittelten Streikbrecher.)

Dieses Material muß in allen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen diskutiert werden, um auch dem letzten Mitglied die Augen über die Rolle der reformistischen Gewerkschaftsführer zu öffnen.

Es muß in der Diskussion mit sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern immer wieder betont werden, daß nur die KGO den Kampf um die Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiterschaft führt. Das beweisen die in den letzten Monaten erfolgreich durchgeföhrten Streiks.

Zu guter Letzt gilt es, in allen Betrieben verstärkt vorzuzeigen und die KGO durch Steigerung der Werbetätigkeit zu der führenden Gewerkschaftsorganisation des Proletariats zu machen. Alle Kommunisten und KGO-Mitglieder müssen besser und aktiver als bisher in den Gewerkschaftsaktionen für die Liquidierung des Wissensinflusses der reformistischen Führer arbeiten. Nur so werden wir imstande sein, die Massen des deutschen Proletariats zu entscheidenden Kämpfen für Arbeit, Brod und Artlichkeit zu führen.

## Achtung! Erwerbslose RGO-Mitglieder!

Am Freitag, dem 8. Januar, 14 Uhr.  
Generalappell in der „Bayrischen Kron“, Neumarkt.  
Alles erscheinen! Ortskomitee Dresden

Mitglieder anwangen, mußte der Streik von uns ebenfalls mit diesem obengenannten Resultat abgedrohten werden. Kurz vor dem 1. Dezember erklärte die Firmenleitung, die damals 4 Prozent weniger abzogen hatte, als sie zuerst wollte, daß auch diese 4 Prozent ab dem 1. Dezember erneut abgezogen werden, also ein abgelaertes Spiel zwischen DMV-Bürokratie, SPD-Betriebsrat und der Firmenleitung.

Bei Alles, Weißensee, hatten 3 Kollegen und zwar 2 Drobet und 1 Bohrer ausgesetzt einige Gebäude verpflichtet. Die Firmenleitung zog ihnen daraufhin je etwa 12,50 Mark als Schadenerfolg ab. Daraufhin trat die Abteilung, ungefähr 50 Mann, in den Streik. Bereits nach einigen Tagen versuchten auch hier die

# Gewaltiger Sieg an der Front des sozialistischen Aufbaus

Veningrad, 2. Januar. (Eig. Meldung).

Das Industrie des Leningrader Gebietes hat ihren Fünfjahrsplan in drei Jahren erfüllt. Durch eines unverhofften Kampfes gegen den Opportunismus und das Betriebskapital und der unentwegten Durchführung der Generallinie des Partei steht die Stadt Veningrad in den ersten Reihen des sozialist. Aufbaus. Gemäß den vom 5. Ratstag beschafften Fünfjahrsplan sollte die Leningrader Industrie im Jahre 1932/33 eine Produktion im Wert von 3.450 Millionen Rubel liefern. Doch bereits am 31. Dezember 1931 hat die Leningrader Industrie das erst für das letzte Jahr des Fünfjahrsplanes vorgelegte Tempo erreicht und eine Produktion im Wert von 3.450 Millionen Rubel geliefert.

Die Ziffern, die die Entwicklung der Leningrader Industrie kennzeichnen, zeigen von dem unheuglaren Siegeswillen der hunderttausenden Werktätigen Leningrads. Im Jahre 1928/29 ließte die Leningrader Industrie eine Produktion im Wert

## „Streiks früher und heute“

behind die AIZ in ihrer neuesten Nummer, die überall für 2 Pfennig erhältlich ist.

Die Haltung der Gewerkschaftsführer zu Streiks früher und jetzt — ein Briefwechsel zwischen Gen. Oettinghaus und Severing — zeigt allen Werktätigen das wahre Gesicht der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

von 1.857 Millionen Rubel, im Jahre 1930 im Wert von 2.521 Millionen und im letzten entscheidenden Jahr des Fünfjahrsplanes eine Produktion im Wert von 3.210 Millionen Rubel. In den drei Jahren des Fünfjahrsplanes ist die Produktion um 144 Prozent gestiegen. Bereits im Jahre 1931 hat die Leningrader Industrie doppelt losgel Tiefloren fertiggestellt wie planmäßig für 1932/33 vorgesehen waren (anstatt 10.000 Tiefloren hat sie über 20.000 Tiefloren hergestellt).

Weit überholt wurden auch die Voranschläge für die Produktion von Dieselmotoren (50.000 Pferdestärke anstatt 40.000), Turbinen (702.000 Kilowatt anstatt 420.000), Baumaterials Instrumente (29.135 Stück anstatt 15.000) usw. In den drei vorliegenden Jahren des Fünfjahrsplanes wuchs die Produktion der Maschinenbauindustrie um 274 Prozent und der Elektromaschinenbauindustrie um 340 Prozent.

Auf der Grundlage dieser mächtigen Entwicklung der Leningrader Industrie wächst der materielle Wohlstand der Werktätigen Leningrads ununterbrochen. Gegenüber 1927/28 ist der Durchschnittslohn um 42 Prozent gestiegen. Von 44.000 Arbeitern, die in der vom Obersten Volkswirtschaftsrat geleiteten Industrie Leningrads beschäftigt sind, genießen 82 Prozent den Siebenstundentag.

Der Anteil der Leningrader Industrie an der Produktion der gesamten Industrie der Sowjetunion wächst von Jahr zu Jahr: 1927/28 beträgt dieser Anteil 12,9 Prozent, 1928/29 13,5 Prozent, 1929/30 14,8 Prozent und im Jahre 1931 über 17 Prozent. Die Voranschläge für die ersten drei Jahre des Fünfjahrsplanes in Bezug auf Qualität, Herabsetzung der Lieferungsfristen und Steigerung der Arbeitsproduktivität wurden restlos ausgeführt.

## GPÖ-Brotlaf fordert neuen Lohnabbau

Empörung bei den Arbeitern der Berliner Verkehrs-AIG.

Der sozialdemokratische Direktor der Berliner Verkehrs-AIG, Brotlaf, hat durch Anschlag der Belegschaft mitgeteilt, daß ab 1. Januar nicht nur der Lohnabbau von 10 Prozent auf Grund der Notverordnung durchgeführt wird, sondern eine weitergehende Senkung der Löhne um 1-3 Pfennig durchgeführt wird. Außerdem wird die Frauenzulage gestrichen.

Nebenbei geht die Direktion der Berliner Eisenbahn- und Wallerwerke vor. Sie fordert außer 10 Prozent Lohnabbau auf Grund der Notverordnung noch weitere 2 Pfennig Lohnabbau ab 1. Januar und ab 1. März nochmals 2 Pfennig.

Hier zeigt sich klar, wie die SPÖ-Führer die Schriftsteller des Lohnabbaus sind. Unter den Verkehrs-, Gas- und Wallerwerkern berichtet eine ungeheure Empörung. Die sozialdemokratische Föhrung des Geländeverbandes hat darum das preußische Polizeiministerium aufmerksam gemacht, damit die „notdürftigen Maßnahmen“ veranlaßt werden können.

## Proletkampf von Pflichtarbeitern

Wuppertal. Auf der Baustelle Klausen führten die dort beschäftigten Pflichtarbeiter eine spontane Proletkampfaktion gegen einen verhängten, antreiblichen Schachtmelder durch. Der Schachtmelder wurde durch Arbeiter verprügelt. Durch eine mehrstündige Arbeitsniederlegung wurde von dem verantwortlichen Betriebsleiter die Zusage erzwungen, daß der Schachtmelder von der Baustelle verentfernt wird. Auf dieser und einer Reihe anderer Pflicht- und Wohlfahrtsozialarbeiterhäusern hohen die Belegschaften Beschlüsse gefaßt, die eine Unterstützung der Wallenrothbewegung der Betriebsarbeiter gegen den aufgetretenen Lohnabbau fordern.

Die KGO-Mitgliedsliste Nr. 25.960 ist verlorengegangen und wird hiermit für ungültig erklärt. Bei Auflösungen in die selbe einzutreten und an die Bezirkssparte „Sektion des KPO“

# Internationale Wirtschaftskämpfe

## England

### Bergarbeiterstreik gegen Bedeouz-Südost

Nach den Feierlichkeiten hat die Unternehmensleitung ihre Bühne in Gloucestershire wieder eröffnet, in der Hoffnung, die protestierenden Männchen zur Aufnahme der Arbeit zwingen zu können. Aber kaum ein Streikbrecher war aufgetaucht. Der Streik ging in voller Solidarität weiter.

Nachdem in der Presse ein Brief erschienen war, der die Bildung des Arbeitsfrontkampfes durch die Kirche als unparteiische Instanz empfahl, gaben die Gewerkschaftsführer eine Erklärung ab, wonach sie diesen Vorschlag sehr schätzen und in Erwägung ziehen wollen.

Die Streikenden jedoch weichen nicht zugestehen, daß ein solcher Weg eingeschlagen wird. Sie hoffen darauf, daß das Bedeouz-Südost, gegen das sie in Streik getreten sind, abgeschafft wird, ehe sie die Arbeit wieder aufnehmen.

### Streiknervberatungen der Hosenarbeiter

Mit dem 4. Januar soll eine Lohnkürzung für die Hosenarbeiter eingetragen. Der Zeitpunkt wurde deshalb so nahe gesetzt, damit die Vorbereitung einer Aktion nicht möglich sei. Über die Mindestlohnsenkung findet unter den Hosenarbeitern mit ihre Kompagnie starke Widerhall. Massenversammlungen haben daher in London, Middlesborough und S. Shields stattgefunden, in denen die Werksarbeiter sich zum Streik bereit erklärten.

### Tschechoslowakei

#### Lohnabbau im Bergbau

Die Direktorenkonferenz der Ostrauer Bergwerke hat allen Grubenbesitzungen die Melung gegeben, ohne Rücksicht auf die bestehenden Kollektivverträge, die Löhne der Bergarbeiter abzuschränken. Gleichzeitig sollen die verdeckten Gehaltszuschläge für Arbeitsleistungen für Kinder und für die zweitwertigen Differenz bei

Gruben wieder den Bergarbeitern vorgenommen, damit sie durch ihre Unterstreichung die Zustimmung zum Lohnabbau geben. Auf einzelnen Gruben haben die Bergarbeiter die Unterstreichung zurückgewiesen.

Der Angriff der Ostrauer Grubenbesitzer ist der Beginn einer allgemeinen Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne. Die kommunistische Partei und die Roten Gewerkschaften fordern die Bergarbeiter auf, auf diesen Angriff mit dem allgemeinen Streik zu antworten, unter der Vorschrift: Keine Lohnberichtigung, sondern Lohnherabsetzung!

## Belgien

### Reformisten für Lohnabbau

Die reformistischen Führer der Metallarbeitergemeinschaft haben einen Beitrag unterzeichnet, der die Löhne der Metallarbeiter um 5 Prozent herabstellt.

### Produktionseinrichtung der Glaswarenindustrie

Die reformistischen Führer der Glasarbeitergewerkschaft haben mit den Unternehmern der durch die englische Schuhjolle politisch schwer betroffenen Glaswarenindustrie ein Abkommen getroffen, demzufolge die Produktion um 50 Prozent eingehäuft wird. Wenn auch die Stundentlöhne die gleichen bleiben, so wird dennoch durch die Einführung der Kurzarbeit der Reallohn der Glasarbeiter um 50 Prozent getürkt. Trotz dieses Abkommens und dennoch verschiedene Glasfabriken gezwungen, ihre Tore ganz zu schließen.

### 1500 Erwerbslose demonstrieren

An einer vom unabhängigen Erwerbslorenausschuß von Antwerpen organisierten Demonstration nahmen 1500 Erwerbslose teil. Als eine Delegation, die dem primitiven Gewerkschaftsführer das Beischwerdeheft der Erwerbslosen überdringen sollte, abgemeldet wurde, bemächtigte sich der Demonstranten eine unbekannte Erregung, und der Präsident des Gewerkschaftsvereins konnte nur durch eine Polizeiabteilung der Polizei vor der Eröffnung hindern.





## Scythe and Hammer

### "Der Sowjetstern über dem deutschen Dorf"

Nach vielen Mühen sind ein paar Tage der Ruhe gekommen, die uns jedoch in Hinblick auf die Anfang des neuen Jahres zu leistenden Zahlungen weder Frohsinn noch Entspannung bringen. Uns unerträgliche sind die Sorgen geworden. Sie verfolgen uns überallhin, auf das Feld und in den Stall, hinter den Ofen und in den Dorftug. Von Sorgen wird gesprochen und diskutiert. So geht es nun schon seit Jahr und Tag. Mit Bewunderung haben wir neue, bedeutende Kulturrerungen geschaffen, wie arbeitspendende Maschinen, Fließband, Radios und Funktechnik, himmelwärmende Erfindungen, Fräskultur, Mähdrescher, ländlicher Regen, rasende Flugzeuge, raffinierte Kunstdünger, Rekordreihen und Überproduktionen an allen Ecken und Enden und mühlen uns eigentlich damit paradiesische Zustände geschaffen haben. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall, denn aus allen Bauernfesten grinst hämisch und unverkennbar die Not in ihrer ganzen Brutalität hervor, und der Hungerriesen muß täglich enger geschnallt werden.

Schon vor vielen Jahren fannen man wohl die Not und hörte Arbeit, wenn auch nicht in diesem Ausmaße wie heute. Zur Widerstand gründete man seinerzeit die ländlichen Genossenschaften, um gemeinsam die Lasten zu tragen. Zunächst entstanden die Ablakogenossenschaften, wie solche für Milch, Fleisch, Geflügel, Eier, Gemüse, Kartoffeln, Saatgut, Holz usw. Am Anschluß daran bildeten sich die Kredit-Genossenschaften, die jedoch nur mittleres Vieh unter die Bauern brachten. In den Händen von vielfach recht unähnlichen Leuten zerrannen die Missionen, die die eiserne Spararmut der Bauern großenteils zusammengedrückt hatte. Wir erinnern uns dabei an den massenhaften Zusammenschluß der Raiffeisen- und Landbund-Genossenschaften, und gerade jetzt in diesen Tagen erleben wir wieder die Pleite einer ländlichen Genossenschaft in der Prignitz, wo drei pensionierte, nationalsozialistische Offiziere als Direktoren der böuerlichen Genossenschaft in Prignitz an ihre nationalsozialistischen Freunde Beträge von vielen Hunderten tausenden ohne Sicherheit ausleihen und so

650 Bauern um Hab und Gut brachten.

Derartige hosträußende Schandtaten können aber nur passieren, weil sich die werktätigen Bauern von der Kontrolle über ihre eigenen Spargelder von diesen Herren aushalten lassen. In der richtigen Erkenntnis, daß nur billiges Produktivieren die Rettung der Bauernschaft bedeutet, entmündeten sich in der letzten Zeit auf dem Dorfe die Produktionsgenossenschaften, die sich auf alle landwirtschaftlichen Arbeitsgebiete verteilen. So finden wir Viehzüchtervereine und Drosch-, Dampf- und Motorpfluggenossenschaften. Auch ist der neue amerikanische Mähdrescher, der in einem einzigen Arbeitsgang das Getreide in der Torteife macht, ausdrücklich und reizigt, schon vielfach in den Dienst des Genossenschaftswesens gestellt worden. Selbst für kleine Maschinen haben sich Verbände mit manchmal nur fünf bis zehn Mitgliedern gebildet. Solche Zwerggenossenschaften finden wir für Drillmaschinen, Getreideselbstförderer, Saatgutreinigungsanlagen, Düngezweckmaschinen, Grasmäher, Wiesenwalzen, Kartoffelzoggen und -erntemaschinen, Schrotmühlen, Kreisfößen, Baumfällmaschinen und noch viele andere.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß besonders die Produktionsgenossenschaften manche Erleichterung und Verbilligung brachten, so muß andererseits doch festgestellt werden, daß sie in ihrem heutigen Aufbau die Bauern aus der Knechtschaft nicht zu erhöhen vermögen.

In unserer jetzigen Notlage befinden sich früher Millionen und aber Millionen russischer Bauern. Und was haben sie getan?

Sie haben zusammen mit den Arbeitern die Großgrundbesitzer von ihren Schlössern und Herrensitzen verjagt und deren Grund

und Boden unter sich aufgeteilt. Unter einer Führung von beispiellosem Pflichtbewußtsein und äußerster Selbstaufzucht und Tüchtigkeit bildeten die kämpfenden Arbeiter und Bauern die Sowjetunion, deren Auftakt man heute nach Bekanntgabe der Ziffern aus dem Planjahrplan nur mit Bewunderung gegenüberstehen kann.

Der sozialistische Meister aller Zeiten, Lenin, hat es zweimal gebracht, daß in der Sowjetunion 100 Millionen Bauern bestreit wurden von 200 Millionen Mark jährliche Pachtabgaben infolge kostenloser Übergabe des Bodens an die werktätigen Bauern, 3000 Millionen Mark Hypotheken durch Pöhlung derselben, 450 Millionen Mark Anfangsgelder für Boden für ihre noch geborenen Kinder.

Gleichzeitig erhielten die russischen Bauern Werte in Höhe von

760 Millionen Mark

infolge unentgeltlicher Übergabe von lebendem und totem Inventar aus den Gütern der Großgrundbesitzer. Schließlich kommt noch hinzu die anteilige Bezahlung von der

Rienzumme von 47,5 Milliarden Mark Schulden

aus den älteren allein der Ratesregierung, denn der Arbeiter- und Bauernstaat der Sowjetunion übernahm seine Verpflichtung zur Tilgung dieser Schulden.

In unserem kapitalistischen Deutschland dagegen liegen 15 Millionen Bauern und Bauerninnen und deren erziehbare Söhne und Töchter trotz November-Konvolution unter:

400 Millionen Mark jährlicher Pachtlasten, die ihnen die Großgrundbesitzer aufzwingen,

7000 Millionen Mark Hypothekenschulden,

620 Millionen Mark Hypothekensums, die das unproduktive Bankkapital aus den Bauern preist.

## Hoch im Sowjet-Norden



weht ein rauher Wind als hier. Holzfäller machen Arbeitspause. Bekanntlich hetzt die Presse der kapitalistischen Holzindustrie gegen die Sowjetunion, sie ließe das Holz in Zwangsarbeit fällen. Sehen so Zwangsarbeiter aus? Schaut sie euch in Deutschland an.

100 Millionen Mark jährliche Ausgelder für Boden an die feudalen Besitzer dieser Güter.

Dazu kommen noch der ungeheure Druck der jährlichen Reparationslasten und sonstige Schulden in der städtischen Höhe von 30 Milliarden Mark.

Die Bauernschaft lehnt es aber ab, sich in eine Knochenmühle pressen zu lassen und Tag für Tag schwer zu schaffen, um einer Reihe von Ritterbürgern und Präsidenten ein Wohlleben zu gestalten.

In diesem Zustande bleibt uns nur noch der leichte, entschiedene Schritt zum Ausbau der Produktionsgenossenschaften, d. h. zur Kollektivierung der Wirtschaft überhaupt. Werden wir endlich den elenden Wust an Sorgen für die freudigen Zinsen und übermäßig hohen Steuern über Bord! Hinweg mit dem quälenden Kummer um die verdammten Kunstdüngerwechsel, die uns ein wucherliches Ausbeuterystem angegedacht hat. Weran an die Arbeit! Mann für Mann, keiner darf fehlen! Wer nicht hand anlegt, darf auch das Brot nicht brechen und den Löffel nicht nützen.

Fassen wir nicht Mut zur befreienden Tat, so sind wir werktätigen Bauern dem vollständigen Untergang preisgegeben. Es gibt nur einen Weg aus dieser Not, sich aufzuraffen und sich die Lebensform zu schaffen, die sich bereits die Bauern auf einem Gedanken des gesamten Erdalls errungen haben.

Alle 5 Millionen Bauern und 12 Millionen Siedlungs- und Landarbeiter bilden eine Macht schlaggleich.

Der Sowjetler mit "Sichel und Hammer", das Schild oder schwingende Hände in Stadt und Land, wird auch das deutsche Dorf mit seinem Glanze überstrahlen.

Die Kommunistische Partei zeigt den Weg!

"Pomostschts" gebracht. "Das Land gehört den arbeitenden Bauern", war einer der ersten Decrete der neugebildeten, revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung. Das ließ sich der großhunderte "Wujit" nicht zweimal sagen. Er griff herhaft zu. Legte das gesamte Land der Dorfflur zusammen und verteile es gemäß der vorhandenen Eher (Köpfe). Also die stärkste Familie erhielt das meiste Land, 110 Millionen Hektar Herrenland (die Herren den Bauern gestohlen hatten) gingen so in den Besitz der Arme- und Mittelschichten über. Alles das direkte Ergebnis von dem, was die Sowjetfeinde behaupten, hat statthaft.

Die Herren selbst flohen, wo sie konnten. Versuchten dann mit den "Weizen" die alten, "gottgewollten" Zustände wieder herzustellen. Aber der Bauer war wachsam! Er verteidigte sein "Vaterland", das ihm die Bolschewisten gegeben hatten, mit Klauen und Zähnen.

### Der Kulak trotzte der Revolution

Die Sowjets waren sich natürlich von vornherein darüber klar, daß es nicht nur genügt, dem Bauern Land zuzuwenden, sondern daß man ihm auch die Möglichkeit zur Bewirtschaftung geben müsse. Aber woher sollte man in diesem durch Jahrzehnten Krieg und Bürgerkrieg total erschöpftem Lande die notwendigen Millionen Pferde oder gar Traktoren nehmen. — So blieb denn zunächst der Kulak und sein Bauer so gut wie unangefasst. Damit blieb aber auch gleichzeitig der beherrschende Einfluß des Kulaken auf die Brotsorgfaltung der Städte. Und da nach dem revolutionären Urtreize Grund und Boden nicht mehr veräußert werden durfte, zogen viele Bauern es vor, ihren Bodenanteil an Kulaken zu verpachten.

So entstand ein immer größer werdender Widerspruch zwischen dem machenden sozialistischen Sektor in der Industrie und dem gleichfalls machenden privatwirtschaftlichen (kapitalistischen) Sektor in der Landwirtschaft, zumal auch das Dorf im großen und ganzen an der unwirtlichen Bodenbearbeitung leidet. Der Bauer ist vor allem jetzt erst einmal selber fett. Dieser Umstand war neben den Getreideplutonien der Kulaken einer der Hauptgründe für die noch bis vor zwei Jahren anhaltende Brüderlichkeit in der Sowjetunion, die das hämische Vergnügen aller Antibolschewisten, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, befriedete.

## Was geht im Sowjetdorf vor?



Der Verfasser  
Karl Grünberg

Es und im Lumpen zu gehen und sich schon im Winter gegen Bratsch zu Sommerarbeit auf dem Herrenacker zu verdingen. In den Jahren aber gingen die Bauern zu Bedauern den Hunger, Cholera usw. zugrunde. Wohlverstehen mit den Sterbegräbern der heiligen russischen Kirche! Wohlverwahrt hinter einem dichten Militärfordon, den der Zarismus um solche Hungerschläge zog. —

Zaristischer Absolutismus mit seinen korrupten Beamten- und Militärforden, Gutsbesitzer und Kirche laugten am Platz des Bauern um die Wette. Hingegen kam noch ein zweiter Blütinger, dessen Stellung durch die berüchtigte Geologische Katastrophen von 1905

noch verstärkt wurde: der Jogenannte Kulak (Großbauer). Ein großer Teil der Bauern besaß weder Pferd noch Kuh zum ziehen. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihren Landbesitz durch den Kulaken prüfen zu lassen. Als Entschädigung dafür nahm der Kulak 50 bis 75 Prozent des Ernteauftrages. Das bedeutete, daß der "Arzt" (Armbauer) mit seinem Brot niemals die zur neuen Ernte ausreichte. Er mußte horen — beim Kulaken. Oberhaupt für einen Bettel zur Arbeit verdingen, wodurch er in unlängster Schuldnachschicht dieses Blutsaugers verblieb. Hingegen kam die technische Rückständigkeit der Bodenbearbeitung. Hölzerne Hakenpflüge waren die Regel. Gründliche Düngung, Fruchtwechsel und vergleichbare meist unbekannte Begriffe.

So vegetierte die große Mehrheit der Bevölkerung des Reiches dumpf und stumpf in Analphabetismus, Übergläubismus, Schmutz und Unterernährung dahin. Als einziger Trost den Jungen, den Vaterchen Jar bereit hielt. Und die Jesuitenstrümpfen der Kirchen, deren Vermehrung die vornehmste Aufgabe der Herrschenden war. Der so oft von den Sowjets angeführte Kriegsüberfluß des alten Russland kam zusammen durch den unerhörten Hunger, den das russische Bauernproletariat mehr oder minder geziert haben mußte.

### Die Revolution gab das Land den Bauern

Es war auch kein Wunder, daß der russische Bauernsoldat während des Weltkriegs divisionär zum Feind überging, er hatte ja nichts, für das es sich lohne, zu kämpfen. Es ist aber ebenso wenig ein Zufall, daß diejenigen Russen während des Bürgerkriegs und während der Intervention der kapitalistischen Staaten Wunder an Tapferkeit verrichteten, waren alle Angriffe höchst zerstreuend. Denn die unter Führung der Bolschewisten durchgeföhrte Revolution von 1917 hatte den Bauern die Freiheit vom dem unerträglichen Joch des Zarismus und der

